

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Kollegen

Ich moechte mich herzlich fuer Ihre Einladung bedanken. Ich bin sehr froh dass sie mir die Gelegenheit geben sowohl die Ansichten von Olme ueber die Finanzkrise in meiner Heimat mit Ihnen zu teilen, als auch Ihre Ansichten zu hoeren.

Wir glauben dass es sehr wichtig ist wenn die Angestellten der Eu-Laender Ihre Erfahrungen austauschen. Wir alle koennen davon nur profitieren.

OLME ist die einzige Foederation die alle Lehrer der Mittel- und Oberstufe der Stattlichen Schulen vertritt

In unserer Foederation sind viele Parteien taetig (von der christlich-demokratischen Partei bis zur extremen Linken Partei).

Aus diesem Grund sind unsere Vorstandswahlen etwas wie Mini-Bundestagwahlen.

Bei unseren letzten Wahlen nahmen 50000 Lehrer teil.

OLME ist die dynamishte Foederation bei den Beamten in Griechenland.

Wie Sie alle wissen befindet sich Griechenland in den letzten zwei Jahren im Zentrum der Weltwirtschaftskrise.

Wegen dieser Finanzkrise aber auch wegen der schlechten Verwaltung der Staatsfinanzen von den fuehrenden Parteien die die letzten Jahre unser Land regierten ist die Situation mittlerweile ausser Kontrolle.

Ploetzlich steht unser Land im Rampenlicht der EU.

Leider hoerte man viele Unwahrheiten von den Europaeischen Politiker.

Es wurde behauptet dass die Griechen weniger arbeiten als die anderen Europaeer und dass sie extrem viel verdienen.

Viele Europaeische Politiker betonten bei jeder Gelegenheit dass die Griechen mehr Geld ausgeben als sie einnehmen.

Die Wahrheit sieht aber anders aus. Die Griechen (vor allem die im privaten Sektor taetig sind) arbeiten viel mehr als die anderen Europaeer. Weil die Mechanismen der staatlichen Kontrolle nicht funktionieren, bekommen sie kein Geld fuer Ueberstunden.

33% der Arbeitenden im privaten Sektor arbeiten unversichert weil die Arbeitgeber die Versicherungsbeitraege nicht bezahlen wollen. Und natuerlich war der Hoechstlohn vor der Krise nicht hoeher als 1000 Euro (heute um die 600).

Im oeffentlichen Sektor war die Situation vor der Finanzkrise besser. Der Staat bezahlte als Arbeitgeber die Versicherungsbeitraege fuer seine Beamten. Der Durchschnittslohn fuer Uniabsolvente war ca1600 Euro. Die Lehrer waren mit ca1400 Durchschnittslohn am schlechtesten bezahlt.

In Deutschland sagten die Bundeskanzlerin Frau Merkel und der FDP-Parteivorsitzende H. Roessler oft nicht die Wahrheit als sie ueber die Griechen als "Grossverdiener" sprachen.

Diese Aussagen der Politiker haben das Verhaeltnis der beiden Laender negativ beeinflusst.

Die Griechen fuehlen sich ungerecht behandelt weil die ueberwiegende Mehrheit schlecht verdient.

Die Deutschen sind wuetend weil sie glauben fuer die faulen Suedlaender bezahlen zu muessen.

Die deutsche Regierung handelt im Interesse des deutschen Kapitals. Die deutschen Unternehmer und Bankiers wuenschen sich fuer die Griechen Loehne Bulgariens. So koennen sie investieren und Ihren Gewinn maximieren.

Grossen Schaden haben auch deutsche und griechische Zeitungen verursacht.

Auf der einen Seite die Bild mit vielen Kommentaren gegen die faulen Griechen.

Auf der anderen Seite die Zeitschrift Focus mit der Statue der Aphrodite, bedeckt mit der griechischen Fahne und einer obszönen Geste. Der Text dazu lautete: "Betrueger in der Euro-Familie".

Ihre Antwort darauf gaben die griechischen Zeitungen (die die christlich-demokratischen Partei unterstuetzen).

Eleftheros Tipos hatte als Titelblatt die Statue der Victoria mit einem Hakenkreuz. Der Text dazu lautete: "Der wirtschaftliche Nazismus stuermt Europa".

Die zweite griechische Zeitung "Dimokratia" praesentierete Frau Merkel mit einer ES Es Uniform. Es ist offensichtlich dass solche extreme Einstellungen nicht zuer Loesung des Problemes beitragen. Die Angestellten sollen sich von solchen Praktiken nicht beeinflussen lassen.

Wie kam es aber zur griechischen Finanzkrise?

Die griechische Wirtschaft war sehr labil. Es ist also natuerlich dass eine schwache Wirtschaft viel mehr von der Weltwirtschaftskrise betroffen wurde.

Wir duerfen nicht vergessen, dass sich Spanien und Portugal in aehnlicher Situation befinden. Ausserdem besteht eine Gefahr fuer Italien, ein grosses Industrieland.

Ein wichtiger Faktor fuer Griechenland ist die Korruption der Politiker der Regierung. Viele griechische Minister wurden von grossen auslaendischen Firmen bestochen um ihnen grosse oeffentliche Bauvorhaben zu gewaehren.

Es ist eindeutig, dass diese Firmen die enormen Kosten der durchzufuehrenden Projekten anhoben.

Die Untersuchung der Pruefungskommission des Bundestages zeigte dass alleine durch den Siemensskandal der griechische Staat 2 Milliarden Euro Verlust hatte.

Die deutschen Firmen uebernahmen in den letzten 10 Jahren die meisten oeffentliche Bauvorhaben in Griechenland.

Eine sachliche Analyse ueber die Korruption der Regierung wuerde folgendes zeigen:

In Griechenland gab es Politiker die von auslaendischen vor allem deutschen Firmen Bestechungsgelder bekamen und Firmen die Bestechungsgelder bezahlten.

Weil der Siemensskandal in Deutschland aufgeklaert wurde, besteht in Griechenland der Eindruck, dass die deutsche Regierung alle Politiker kennt die in Griechenland bestochen wurden, die Namen aber nicht preisgeben will, um sie besser unter Kontrolle zu haben.

Wenn wir die hohen Kosten fuer den Kauf von Waffensystemen hinzufuegen koennen wir die Notlage der griechischen Wirtschaft besser erklaren.

Fuer Griechenland besteht eine Kriegsdrohung von der Tuerkei sodass wir gezwungen sind enorme Betraege fur den Kauf von Waffensystemen auszugeben.

Deutschland ist der zweitgroesste Waffenlieferant Griechenlands nach den Vereinigten Staaten. Viele Waffensysteme sind von schlechter Qualitaet, beispielweise ein deutsches U-Boot das nicht auf der Meeresoberflaeche fahren kann wenn es Wellen gibt.

Ein grosses Problem fuer Griechenland ist der Euro. Griechenland war noch nicht bereit fuer den Euro. Griechenlands Euro-Beitritt war ein Fehler, aber ein noch groesserer Fehler waere unter diesen Bedingungen die Eurozone zu verlassen. Die Spekulanten in Griechenland und im Ausland warden wieder Druck auf die griechische Wirtschaft ausueben und wir warden schlimmeres erleben.

Alle griechische Unternehmer haben ihr Geld im Ausland und warten auf Griechenlands Austritt aus der Eurozone. Dann koennen sie in Griechenland alles zu Spottpreisen erwerben. Es wird dann sicher zu einer grossen sozialen Explosion kommen.

Der Euro ist fuer Griechenland eine Todesfalle. Der Eintritt in den Euro war ein Fehler, aber ein groesserer Fehler waere jetzt der Austritt aus dem Euro.

Die Wirtschaftskrise hat in Griechenland das politische System erschuettert. Am 6 Mai haben wir in Griechenland Bundestagswahlen. Alle Umfragen zeigen, dass die Nationaldemokratische Partei Xrisi Avgi (aehnlich wie NPD) mit ca 5% in den Bundestag kommt. Wenn man bedenkt, dass es eine weitere rechtsradikale Partei gibt, LAOS, mit ca 3% ist es eindeutig dass zum ersten Mal die extremen rechten Parteien ca 8% haben werden. Die Situation in Griechenland aehnelt derjenigen in Weimar. Es gibt ein Problem mit der Demokratie.

Es ist also logisch, dass das Bildungssystem einen herben Schlag erlitten hat.

Das Bildungswesen hatte nie den ersten Platz in der Prioritaetsliste unserer Politiker.

Aber nach den Memoranden 1 und 2 und dem Vertrag mit dem IWF ist die Situation auesserst tragisch.

Viele Schulen hatten im Winter kein Geld fuer Heizoel. Die Eltern mussten oft fuer das Heizoel in der Schule bezahlen. Im Norden Griechenlands in den Schulen mit Erdgas war es etwas besser. Die Schulen haben aber die Gasrechnung des oeffentlichen Gasunternehmens nicht bezahlen koennen. Dieses Unternehmen steht kurz vor der Privatisierung. Wenn es dazukommt wird der neue Besitzer die Gaszufuhr stoppen weil die Schulen zwei Jahre nicht bezahlt haben.

Die Lehrer stellen jeden Tag von neuem fest, dass sich das Verhalten der Schueler veraendert hat.

Hauptsaechlich in den Arbeitervierteln mit hoher Arbeitslosigkeit zeigt sich eine zunehmende Steigerung der Schuelerkriminalitaet. Es gibt aber auch immer mehr Schueler mit psychischen Problemen. Die Arbeitslosigkeit in Griechenland liegt bei 21%. Wir haben 1.000.000 Arbeitslose. 650000 bekommen kein Arbeitslosengeld. Das Arbeitslosengeld ist in Griechenland auf 350 Euro gesunken.

Viele Schueler haben nicht mal die Moeglichkeit etwas von der Schuelerkantine zu kaufen.

Immer hauefiger wird uns gemeldet, dass unterenaehrte Schueler im Unterricht vor Entkraeftung in Ohnmacht fallen. Viele Ausfluege fallen aus, weil die Eltern nicht bezahlen koennen.

Die letzten 10 Jahre vor der Krise wurde die Schulinfrastruktur etwas modernisiert. Die Folgen der Krise sind in diesem Bereich noch nicht sichtbar. Aber was kaputtgeht wird nicht ersetzt. Der Zuschuss wurde um 50% reduziert. Die Schulleiter strengen sich an um alles in den Griff zu bekommen.

In Mittelklassenviertel wo die Eltern noch keine grosse Finanzprobleme haben, helfen sie der Schule finanziell. Das fuehrt aber zur Kategorisierung der Schulen.

Der Bau neuer Schulen wurde unterbrochen. Natuerlich kommt eine Renovierung alter Schulen nicht in Frage. In etwa 5 Jahren wird uns die Situation in der Schule an Land der dritten Welt erinnern.

Die Grundlagen der griechischen Regierung fuer das Bildungswesen sind:

Bildungsausgaben:

Die oeffentlichen Ausgaben sind nach den Memoranden 1 und 2 extrem reduziert worden. Das gilt natuerlich auch fuer die Bildung. Bis 2015 werden die Bildungsausgaben bei 2,3 Prozent des BIP liegen. Das bedeutet dramatische Folgen fuer die oeffentlichen Schulen.

Die Regierung hat der Einsetzung eines Ausschusses zugestimmt. Dieser Zuschuss soll die Ausgaben in der Bildung kontrollieren und alle zwei Monate die Troika informieren.

Also hat unsere Regierung das Bildungssystem der Troika ausgeliefert. Mit diesem Ausschuss wird das Bildungsministerium dem Willen der Troika, der Eu, der Europaeischen Zentralban und dem Internationalen Waehrungsfond gehorchen.

Natuerlich hat die Sozialdemokratische Partei (PASOK) ihre Ankuendigungen die Bildungsausgaben auf 5% des BIP zu steigen nicht realisiert.

Von 2009-2015 haben wir 1435 Millionen weniger Staatliche Ausgaben. Das ist eine Verringerung von 19,2%.

Schliessung von Schulen:

Das Bildungsministerium hat 1056 Schulen geschlossen ohne vorher mit den Lehrern zu diskutieren.

851 Grundschulen und 205 in der Sekundarstufe. Das bedeutet dass viele Schueler lange Strecken fahren muessen um in die Schule zu gehen. Man muss auch bedenken, dass das Strassennetz in Griechenland sehr schlecht ist, und dass Griechenland hauptsaechlich aus Hochland besteht.

Abschaffung und Abbau unterstuetzender Bildungsstrukturen

- Der Foerderunterricht wurde abgesschaft.
- Der Fremdsprachenunterricht wurde eingeschraenkt (die zweite Fremdsprache, Deutsch oder Franzoesisch wurde in der Sekundarstufe abgeschafft)
- Viele wichtige Faecher fuer die Bildung der Schueler wurden im Lyceum abgeschafft(Technisches Werken, Computer, Politik).
- Die Schulzentren fuer Umwelt und Naturerziehung wurden geschlossen
- Die Schulbibliotheken sind abgeschafft worden
- Die Schulklassen sind von 28-30 Schuelern etabliert worden

Schulbuecher:

Das neue Schuljahr hat ohne Schulbuecher angefangen. Viele Lehrer unterrichteten mit der Hilfe von Fotokopien und DVDS. Viele Buecher

kamen erst nach Weihnachten. Die Regierung hat den oeffentlichen Schulbuecherverlag abgeschafft.

Verringerung der Lehrerzahl

In den Jahren 2010-11 sind 3400 Lehrer eingestellt und 17500 pensioniert worden. Innerhalb von zwei Jahren haben wir 14000 weniger Lehrer. Dieses Jahr warden 4000 Lehrer pensioniert und 1100 eingestellt.

OECD-Bericht

Laut einem vom griechischen Bildungsministerium geordneten Bericht der OECD seien nicht etwa die verfolgten Politiken seit dem Memorandum, sondern die griechischen Lehrer fuer saemtliche Laster des Bildungswesen verantwortlich.

Also muessen die Lehrer laut OECD vier Stunden die Woche laenger arbeiten.

Die griechischen Lehrer arbeiten aber genauso viele Stunden wie die anderen Europaeer(Durchschnitt 18,4 Stunden die Woche).

Gehalt des Lehrersonals

Mit dem neuen Gesetz (November 2011) ist das Gehalt der Lehrer deutlich verringert worden. Der Lohn haengt von der Personalberurteilung ab.

Der neueingestellte Lehrer verdient 629 Euro im Monat. Ein Lehrer mit 17 Dienstjahren verdient 1150 Euro (statt 1430 vor der Krise). Ausserdem sind das Weihnachts- Oster- und Urlaubsgeld um 1000 Euro weniger geworden.

Der Staat zahlte seinen Beamten Weihnachts-Oster und Urlaubsgeld weil sie wenig verdienten.

- Die Lehrer haben eine 20 bis 40% jaehrliche Einkommensverringierung

- Der monatliche Lohn ist 629 Euro im ersten Jahr, 1400 Euro nach 35 Dienstjahren (also das letzte Gehalt vor der Rente)
- Die Lohnentwicklung erfolgt nach strenger Personalberurteilung
- Die Zahl der Plaetze in der neuen Pyramide der Gehaelter und Dienstraenge ist beschraenkt(40% der Lehrer bekommen den naechsten Dienstrang nicht, egal wie die Personalberurteilung ausfaellt)

Verringerung der Renten- Anhebung des Rentenalters

- Das Rentenalter wurde von 60 bzw 65 Jahren auf 70 Jahre angehoben
- Die Lehrerarbeitszeit ist verlaengert worden. Die Lehrer die 2010 weniger als 25 Dienstjahre hatten, muessen 40 statt 35 Jahre arbeiten
- Die Sonderregelung fuer Lehrer die nach 30 Dienstjahren im Alter von 60 Jahren Rente bekamen ist abgeschafft worden.
- Die Lehrerarbeitszeit ist verlaengert worden. Die Lehrer die 2010 weniger als 25 Dienstjahre hatten, muessen 40 statt 35 Jahre arbeiten

Mit dem neuen Gesetz kann der Staat nur eine Rente von 350 Euro nach 40 Dienstjahren garantieren. Der Restbetrag haengt von den Finanzen der Krankenkassen ab.

Es gibt auch grosse Probleme mit der medizinischen und pharmazeutische Versorgung.

Die Apotheken bekommen von den Krankenkassen die Medikamente nicht bezahlt und so streiken sie oft und verlangen von den Patienten den gesamten Preis der Medikamente zu bezahlen.

Die Aerzte bekommen pro Arztbesuch 6 euro (vor der Krise waren es 16 euro). Viele Aerzte loesen ihren Vertrag mit den Krankenkassen und bieten Sprechstunden nur fuer Privatpatienten an.

Warum ist also die griechische Familie noch nicht zusammengebrochen?

Die Griechen hatten die Gewohnheit eine eigene Wohnung zu kaufen. Die Eltern halfen Ihren Kindern eine Wohnung zu kaufen. Der Eigenbesitz liegt in Griechenland bei 73%. Es gibt in Griechenland ein Gesetz, dass das erste Eigenheim vor dem Beschlagnehmen wegen Bankschulden schützt. Der internationale Währungsfond drängt dieses Gesetz abzuschaffen.

In Griechenland ist die Familie noch intact. Viele Familien leben von Opas und Omas Rente. Viele junge arbeitslose Paare sind gezwungen mit Ihren Eltern zu wohnen.

Vor der Krise spotteten viele über den niedrigen Lohn der Lehrer. Heute werden wir beneidet weil wir wenigstens unsere Grundbedürfnisse decken können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir Griechen müssen bezahlen. Wir haben nämlich unseren korrupten Politiker vertraut. Diese haben unser Land zerstört. Der Preis ist hoch. Die nächsten 20 Jahre müssen wir eisern sparen. Aber wir sind ein stolzes Volk. Wir sind keine Bettler. Wir wollen niemanden zur Last fallen, und auf keinen Fall auf Kosten anderer leben. Das einzige, was wir von Europa brauchen ist Hilfe zu fairen Bedingungen. So können wir unsere Schulden zurückbezahlen und nicht daran zugrundegehen.

Helfen Sie uns unseren Tourismus zu fördern. Glauben Sie nicht, dass es in Griechenland eine antideutsche Haltung gibt wie die Medien in Deutschland gelegentlich darstellen.

Die Deutschen können sich in Griechenland absolut sicher fühlen. Hierbei möchte ich den Brief 120 Deutscher erwähnen die auf Kreta leben. Sie sendeten diesen Brief an den deutschen Botschafter in Athen. Der Brief wurde auch in der Zeitung veröffentlicht.

Sie beschwerten sich über die Übertreibungen einiger Medien in Deutschland über die angeblich antideutsche Haltung in Griechenland.

I

Sie behaupten sich in Griechenland sicher zu fühlen und bitten ihn in Deutschland die Wahrheit zu veröffentlichen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

Viele Deutsche und andere Europäische Politiker informieren Ihr Volk über die Hilfspakete an Griechenland. Die Angestellten Europas müssen angeblich bezahlen um Griechenland zu retten. Glauben Sie mir. Von den berühmten Hilfspaketen hat das griechische Volk nicht einen Cent bekommen. Das Geld ist an die griechischen und ausländischen Banken gegangen. Was die Griechische Investierer angeht haben sie ihr Geld in der Schweiz. Man hört dass die Griechischen Unternehmer 600 Milliarden euro auf Konten in der Schweiz haben. Wenn die deutsche Regierung ihr Geld zurückhaben will, soll sie mit der Schweiz verhandeln und verlangen die Bankkonten zu öffnen. Die Griechischen Unternehmer müssen ihre Steuern bezahlen. Niemand darf von dem deutschen und griechischen Volk verlangen für die Fehler anderer zu bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die deutsche Wirtschaft wurde von der griechischen Krise nicht negativ beeinflusst. Im Gegenteil.

Ich glaube aber, dass die deutschen Angestellten nicht genug vom deutschen Wunder profitiert haben. Die Gewinner sind die Banken und die Unternehmer.

Griechische und deutsche Angestellte müssen zusammenhalten und zusammenarbeiten um gegen die Neoliberale Politik Europas zu kämpfen und gerechtere Teilung des Reichtums zu fordern

Danke für Ihre Aufmerksamkeit